

RENTEDEBATTE

Eigener Lohn, eigene Rente?



Hoffentlich klappt das später mit der eigenen Rente ...

(Foto: Hilde Leubner)

Eine konsequente Individualisierung des Rentensystems fordern "Déi Gréng". Die Unabhängigkeit vom Ehemann hat ihren Preis: Ohne Übergangsregelungen werden die Renten vieler Frauen zunächst sinken.

(ik) - Sind Frauen durch ein individualisiertes Rentensystem im Alter besser abgesichert als bisher oder benachteiligt die "Individualisierung von de Pensionsrechter" bestimmte 'weibliche' Lebensentwürfe? Diese Fragen diskutierten die TeilnehmerInnen des gleichnamigen Rundtischgesprächs von "Déi Gréng" am vergangenen Dienstag in der Victor-Hugo-Halle.

Ausgangspunkt der teilweise sehr kontrovers geführten Diskussion war der Reformvorschlag der Grünen zum gegenwärtigen Rentensystem, den die Partei am

kommenden Montag auch auf dem Rententisch der Regierung präsentieren wird. "Das aktuelle System der Alterssicherung diskriminiert Frauen ganz besonders", stellt Fränz Bausch, Fraktionspräsident der Grünen, in seiner Eingangsrede fest. Hungerrenten um die 30.000 LUF seien bei Frauen keine Seltenheit - und Ergebnis eines "abgeleiteten Rentensystems", das männliche Berufstätigkeit in den Mittelpunkt stellt und Frauen vor allem in ihrer Eigenschaft als Ehefrauen und Mütter absichert.

"Das war vor hundert Jahren gerechtfertigt", findet die Grünen-Sprecherin Viviane Loschetter. Heute jedoch, bei Scheidungsraten um die 50 Prozent und einer steigenden Zahl von berufstätigen Frauen, sei die einseitige Abhängigkeit vom Ehemann gefährlich. Lösung der Grünen: die vollständige Individualisierung aller Rentenansprüche.

Attacke auf die Familie?

"Das ist eine Attacke auf die Familie." Yolande Roller, Präsidentin von "Famill 2000 a.s.b.l.", lehnt die grünen Pläne kategorisch ab. Lediglich in der Theorie mag sie ihnen zustimmen, in der Praxis bedeute die "totale finanzielle Unabhängigkeit", insbesondere die damit verbundene Abschaffung der Witwenrente, eine Diskriminierung für Kinder und deren Mütter. "Es kann doch nicht sein, dass alle Frauen arbeiten gehen", warnt Roller erbost. Die Individualisierung hält sie nicht für finanzierbar. Gering verdienende Ehemänner könnten es sich nicht leisten, die von den Grünen geplanten doppelten Beiträge in Höhe von über 7.000 LUF (für sich und die daheim gebliebene Ehefrau) monatlich zu zahlen. Die Folge: Frauen seien geradezu gezwungen, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Für Mütter bedeute dies wiederum, so "Famill 2000", die Wahl, nach der Geburt

der Kinder zuhause zu bleiben, künftig nicht mehr zu haben.

Splitting für mehr Gerechtigkeit

Das sieht Christiane Bertrand-Schau, dritte Teilnehmerin des Rundtischgesprächs, anders. Die Präsidentin des "Comité du Travail" (CFT) äußert sich gegenüber der umfassenden Individualisierung des Rentensystems zwar zurückhaltend. Doch dass Frauen - egal, ob verheiratet, geschieden, mit oder ohne Kinder - das Recht auf eine eigenständige Rente haben, davon ist Bertrand-Schau überzeugt. Ihr Problem mit der Witwenrente: "Von ihr profitieren Frauen nur, wenn ihr Partner stirbt." Für nicht-berufstätige Frauen liege darin ein erhebliches finanzielles Risiko. Im Falle einer Scheidung verlieren sie nämlich jeglichen Anspruch auf die Rente ihres Mannes. Das CFT plädiert deshalb für das Splitting. Hiernach würden in der Ehe erworbene Rentenansprüche addiert und durch zwei geteilt - eine "andere Form von individualisierten Rechten", so die CFT-Präsidentin. Die Wahl von Frauen zwischen Kinderbetreuung und Beruf sieht Bertrand-Schau durch die Individualisierung nicht beeinträchtigt. Um die Wahlfreiheit speziell bei Familien mit geringeren Einkommen zu gewährleisten, könnte schließlich der Staat finanziell einspringen.

Geht es nach der Meinung der in der Victor-Hugo-Halle Anwesenden findet der grüne Vorstoß vor allem Unterstützung. "Es wird höchste Zeit, dass wir Frauen unsere eigene Rente erhalten", fordert eine ZuhörerIn. Für sie ist ein Plus an weiblicher finanzieller Unabhängigkeit im Alter auch eine Frage "der Würde". Die Tatsache, dass Frauen wegen eigener Beiträge zur Rentenkasse vermehrt werden arbeiten müssen, findet die Mehrheit des überwiegend weiblichen Publikums

unproblematisch. Gut gehen kann ein individualisiertes Rentensystem allerdings nur, darin waren sich fast alle ZuhörerInnen einig, wenn der Staat genügend Betreuungsmöglichkeiten für Mütter und Väter zur Verfügung stellt. Und wenn andere frauenspezifische Diskriminierungen wie zum Beispiel niedrigere Löhne zügig abgeschafft werden. Denn: "Was haben wir gewonnen, wenn alle Frauen zwar individuelle Rechte auf eine Alterssicherung haben, diese aber sehr gering, vielleicht sogar geringer als heute, ausfällt?", gibt eine Frau zu bedenken.

Nicht von heute auf morgen

Damit das nicht passiert, fordern Déi Gréng garantierte Mindestrenten in ausreichender Höhe. Das Problem, dass Frauen im Vergleich zu Männern auch im Alter meist mit weniger Geld auskommen müssen, ist damit freilich

nicht behoben. Diese Ungerechtigkeit sei aber, so die Grünen, nicht Ergebnis der Individualisierung, sondern einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik. Deshalb müsse auch dort nach Lösungen gesucht werden.

Noch einen wichtigen Einwand wollen die Grünen in ihrer Rentenvision berücksichtigen: "Ohne Übergangsregelungen schaffen wir mit der Abschaffung der Witwenrente bei der heutigen Frauengeneration neue Härtefälle", hatte die grüne Abgeordnete Renée Wagener bereits im Vorfeld der Diskussion eingeräumt. Damit der Systemwechsel für die Frauen wirklich positiv verläuft, fordern die Partei Übergangsfristen. Bis zum gedachten Starttermin im Jahr 2005 bleibt den Grünen noch viel Zeit, für ihr ehrgeiziges Projekt zu werben. Allerdings: Den meisten Zuspruch erhält das Modell von Frauenorganisationen und in linken Kreisen - zu den Rententischgesprächen wurden diese aber nicht eingeladen.

Kommentar

L'histoire sans fin....

Il était une fois un petit chargé de cours de l'enseignement primaire. Depuis des années, il remplissait sa tâche de façon exemplaire. Hélas ...

En effet, depuis des années la période de mai à juillet ne semble guère être au goût du chargé: il change d'humeur, paraît nerveux, hyper-attentif à tout ce dont on parle, commente et discute. Il a l'air déçu et parfois on a l'impression que quelque chose l'attriste.

Mais qu'est-il donc arrivé au petit chargé? A vrai dire, c'est évident: cette période de mai à juillet est celle où sont créés et publiés les postes d'embauche pour la nouvelle année scolaire de l'enseignement primaire. Le chargé ne bénéficie de tout d'un contrat à durée indéterminée. Par dérogation d'une loi modifiée le 24 mai 1989, on lui a conféré un contrat à durée déterminée (d'ailleurs unique en son genre). Je comprends donc son angoisse. Le petit chargé a peur de voir sa tâche réduite, voire abolie. Et ceci après tant d'années d'engagement zélé. Je crie au scandale.

En outre, le petit chargé n'est pas resté inactif pendant toutes ces années. Conscient de sa situation précaire, il a rejoint les rangs d'un syndicat. Il a entrepris vraiment tout pour sensibiliser ministres, partis politiques et grand public moyennant entrevues, conférences de presse, articles, permanences téléphoniques et j'en passe... Hélas, l'écho à son zèle offensif fut sans conviction. A part quelques hochements de tête en signe d'approbation et quelques promesses vides, la situation du chargé va de pis en pis.

Déçu et démuni, le petit chargé se tourne vers le pouvoir judiciaire, celui dont l'indépendance est garantie. Va-t-il enfin obtenir gain de cause? Eh bien oui. Je suis bouche bée. Son contrat sera désormais un contrat à durée indéterminée.

Mais par une lettre adressée à toutes les communes, le chef du Ministère de l'Intérieur s'oppose à donner son approbation au contrat du petit chargé. En d'autres termes: le verdict du tribunal est mis en cause. Inimaginable!

Mais en fait, Madame le/la Ministre, Vous figurez également comme chargée au MENFP avec un contrat à durée déterminée. Vous n'ignorez sûrement pas que votre contrat ne comporte pas de clause de renouvellement. Espérons qu'on ne vous oubliera pas lors du prochain scrutin! Et puis, renvoyer problèmes et décisions de Caïphe à Pilate ne fait pas preuve d'adresse politique.

Romain Kohl est chargé de cours.

Gesellschaftliche Verpflichtungen

Journalismus heißt mehr als nur Recherchieren und Redigieren. Auch der Kontakt mit dem sozialen Umfeld will gepflegt werden. WOXX-Leute tun sich allerdings damit etwas schwer. Erstes Problem: das Timing. "Wer will zu einer Pressekonferenz der Brauerei X? Es gibt sicher auch was zu trinken!" Das aufflammende Interesse wird durch die Termindurchgabe im Keim erstickt, Mittwochmorgens um 11 Uhr gibt's halt in der WOXX Dringenderes zu tun. Zweites Problem: das Outfit. Einladungen zur Eröffnung cooler Ausstellungen oder nobler Restaurants kommen die wenigsten von uns nach. Nur einige der Damen sind garderobemäßig auf solche Herausforderungen eingestellt. Drittes Problem: die Sinnfrage. Vor allem die Herren sind wenig begeistert, bei diesen gesellschaftlichen Events anzu treten. Standardsatz: "Was soll das denn?" So dass die WOXX-Redaktion beim Luxemburger Jet Set immer noch nicht den Durchbruch gemacht hat. Nur wenn's um die Betriebssolidarität geht, ist die Lage völlig anders. Zum Beispiel neulich, als einer unserer Redakteure, ein Nebenberuf Gitarrist, einen wichtigen Auftritt mit seiner Band hatte. Da war die halbe WOXX bereit, meilenweit zu fahren und schlechtes Bier zu trinken, um ihrem Kollegen moralisch beizustehen. So sind wir halt.

Sondergesetze oder gleiches Recht für alle?

Schwule und Lesben kämpfen um die rechtliche Anerkennung ihrer Lebensgemeinschaften. Mit Erfolg: Immer mehr Länder in Europa erlassen diesbezüglich Gesetze. Wirkliche Gleichberechtigung hat dennoch Seltenheitswert. Von abgespeckten Versionen der Ehe bis hin zu Sondergesetzen für Homosexuelle reichen die Entwürfe. In unserem Dossier geben wir eine kritische Einschätzung.